

(A)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf Punkt 11 der Tagesordnung aufrufen:

Gesetz über die Verleihung der Rechtsstellung einer Anstalt des öffentlichen Rechts an die kirchliche Einrichtung "Katholische Soldatenseelsorge", Sitz Bonn

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/3019

Beschlußempfehlung und Bericht
des Kulturausschusses
Drucksache 11/4462

zweite Lesung

Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile Frau Kollegin Matthäus als Berichterstatlerin das Wort.

Abgeordnete Matthäus (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 23. Januar 1992 hat das Parlament diesen Gesetzentwurf an den Kulturausschuß überwiesen.

(B)

In drei Sitzungen hat der Ausschuß sich intensiv mit der Thematik befaßt. Dabei hat es ein ausführliches und sehr angenehmes Gespräch mit dem Militärgeneralvikar Niermann und Herrn Augustinus gegeben. Nach den Folgerungen daraus wurde dann in der abschließenden Sitzung am 7. Oktober - einstimmig bei Abwesenheit der Vertreterin der GRÜNEN - dem Gesetzentwurf ohne Änderungen zugestimmt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Wird das Wort gewünscht?
- Bitte schön, Herr Kollege Dr. Vesper!

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind gegen diesen Gesetzentwurf - nicht, weil wir grundsätzlich etwas gegen die Katholische Kirche hätten. Dieses Mißverständnis will ich gleich zu Beginn meiner

(C)

kurzen Ausführung ausräumen,

(Na, na! bei der CDU)

obwohl wir gelegentlich einigen Grund hätten, da bedenklich zu sein.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU] - Weitere Zurufe)

- Hier wird mir gerade das Stichwort "Degenhard" zugerufen.

(Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn der für mich zuständige Erzbischof nicht einmal bereit ist, eine an mich als sein Schäfchen gegangene Einladung zu einem Gespräch aufrechtzuerhalten - im Unterschied zu den CDU-Abgeordneten -, und wenn ich dann mit einer freien Assoziation an die Bibel antworte und das Gleichnis vom guten Hirten und dem schwarzen Schaf nenne, worauf mir dann entgegengehalten wird: Ach, kommen Sie mir doch nicht mit der Bibel, Herr Vesper! - -

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Grüne Schafe!)

Aber Sie wissen, daß wir uns von solchen persönlichen Unannehmlichkeiten nicht beeindrucken lassen, sondern diese Dinge strukturell sehen, daher auch diesen Gesetzentwurf keineswegs aufgrund solcher Vorkommnisse bewerten. Das wollte ich nur kurz erwähnen, weil mir dieser Zwischenruf zu Ohren gekommen ist, kurz erwähnen.

(D)

Nein, wir sind gegen den Gesetzentwurf, weil wir dafür sind,

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Daß wir dagegen sind! - Zurufe von der SPD)

daß Kirche Kirche ist und der Staat seine staatlichen Aufgaben wahrnimmt.

Schauen Sie sich diesen Gesetzentwurf an! Unter der Überschrift "Problem", wo normalerweise ja ein Problem gekennzeichnet wird, heißt es:

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

Errichtung der kirchlichen Einrichtung "Katholische Soldatenseelsorge" als kirchliche Anstalt des öffentlichen Rechts auf Antrag des katholischen Militärbischofs für die deutsche Bundeswehr vom 28. Juni 1990.

Meine Damen und Herren, das ist kein Problem, sondern das ist ein Wunsch, der dort geäußert wurde. Von daher meine ich: Wo kein Problem, da muß auch keine Lösung gesucht und gefunden werden. Wir sind also dafür, die Funktionen von Kirche und - -

(Zurufe von der CDU - Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Wären Sie bei den Beratungen dabei gewesen, hätten Sie die Probleme alle zur Kenntnis nehmen können.)

- Nein, ich habe die Beratungen des Ausschusses vor mir. Herr Dorn, wir haben an diesen Beratungen intensiv teilgenommen. Frau Schumann war ausschließlich bei der Abstimmung einen Moment außerhalb des Raumes.

(Widerspruch bei der F.D.P.)

Ich kann Ihnen anhand der Protokolle gern nachweisen - ich habe sie alle hier vor mir liegen -, daß wir selbstverständlich an diesen Beratungen teilgenommen haben.

(Zahlreiche Zurufe von CDU, SPD und GRÜNEN)

Wir sind also dafür, die Funktionen dieser beiden Institutionen voneinander zu trennen, und sehen nicht ein, warum die Körperschaft des öffentlichen Rechts die richtige Organisationsform sein soll. Wir beantragen ja auch nicht, den Landtag zu einer Institution des kirchlichen Rechts zu machen.

(Oh! bei der CDU - Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Wird das Wort noch gewünscht? - Offensichtlich nicht. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Kulturausschuß hat in seiner Beschlußempfehlung Drucksache

(C)

11/4462 vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Dann ist das so angenommen.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt 12:

Viertes Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/3928

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen
Drucksache 11/4480

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Kollegen Kramps für die Fraktion der SPD das Wort.

(D)

Abgeordneter Kramps (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So wie ich das nach den vielen Gesprächen und nach der Ausschußentscheidung im Moment einschätze, besteht wohl ein parteiübergreifender Konsens darin, daß der zunehmende Verkehr in den Innenstädten und besonders in den Ballungszentren unseres Landes schlechthin durch den Zubau von Straßen nicht mehr bewältigt werden kann. Kein vernünftig denkender Mensch, glaube ich, will oder kann es noch verantworten, daß in den verdichteten Wohngebieten weiter Häuser abgerissen werden, um dem Individualverkehr mehr Raum zu verschaffen.

Wenn wir darin grundsätzlich übereinstimmen und unsere Städte und Wohnquartiere menschenwürdig und human gestalten bzw. entwickeln wollen, dann, ja dann ist es, so meine ich, erforderlich, die vielfältigen Angebote des Umsteigens vom Individualverkehr auf den öffentlichen Personennahverkehr zu verstärken.